

zum OVB Artikel Dienstag 7. Dezember 2021

Ampel will Tempo

Brenner-Nordzulauf im Koalitionsvertrag verankert
von Sylvia Hampel

Ampel will Tempo, wir wollen den Schutz unserer Region vor unbegrenztem Verkehrswachstum

Das BÜRGERFORUM INNTAL sieht den Koalitionsvertrag in den Bereichen Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung kritisch und fordert den Schutz unserer Region vor unbegrenztem Verkehrswachstum.

Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung im Koalitionsvertrag

Im Koalitionsvertrag finden sich Passagen, die klar erkennen lassen, dass **Mitwirkungs- und Einspruchsmöglichkeiten von Bürgern, Kommunen, Natur- und Umweltschutzverbänden eingeschränkt werden sollen**. Lediglich kurze Einwendungsfristen sind vorgesehen und eine nachträgliche Bürgerbeteiligung bei Planänderung ist ausgeschlossen (Koalitionsvertrag S.12 u. 13).

Bei besonders prioritären Vorhaben sind kurze Fristen zum Erlass des Planfeststellungsbeschlusses vorgesehen und für geeignete Fälle kommt auch eine Übernahme des Raumordnungsverfahrens durch den Bund in Betracht (Koalitionsvertrag S.13).

Dies alles sind Maßnahmen, die kleine Kommunen, Bürgerinitiativen, Umwelt- und Naturschutzverbände in ihren Einspruchsmöglichkeiten beschneiden werden, da hier weder ein umfangreicher Rechtsapparat (zur Einhaltung von kurzen Fristen) noch entsprechende finanzielle Mittel (für höhere Klageinstanzen) zur Verfügung stehen.

Frau Martina Thalmayr (Vorstandssprecherin der GRÜNEN BÜNDNIS 90 Kreisverband-Rosenheim) stellt im OVB-Artikel die derzeitige Planung in keiner Weise in Frage, obwohl damit die von ihr geforderte Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene nicht stattfinden wird, da nachgewiesen auf Hochleistungsstrecken wenig bis keine Güter (Strecke München-Berlin) befördert werden. Der renommierte Bahnexperte Karlheinz Rößler rechnet beim Bau der violetten Trasse mit Treibhausgasemissionen in Höhe von 2,4 Mio. Tonnen (dem Jahresausstoß einer Großstadt mit über 200000 Einwohnern), deren vollständige Kompensation in diesem Jahrhundert unwahrscheinlich ist. Daher kollidiert dieses Projekt – im Gegensatz zum Ausbau der Bestandsstrecke – mit dem 1,5 Grad-Ziel des Paris-Abkommens als verfassungsrechtlich gebotenen Mindeststandard.

Von Stephanskirchen bis München wird die Trasse fast nur oberirdisch verlaufen. Hoher Flächenverbrauch, Verlust landwirtschaftlicher Nutzflächen und extreme Lärmbelastung wären die Folgen.

Frau Thalmayr betont „wir brauchen eine leistungsstarke Schiene“, sieht aber keine Alternative im Ausbau und der Ertüchtigung der Bestandsstrecke. **Allerdings muss die Bestandsstrecke (auch bei Neubau eines 3. u. 4. Gleises) bis mindestens 2040-45 den zusätzlichen Güter- und Personenverkehr aufnehmen. Wie soll dies dann ohne Ausbau, Modernisierung und Lärmschutz von statten gehen?**

Die Parallelen in den Positionen von Frau Thalmayr und der CSU-Bundestagsabgeordneten Frau Ludwig im OVB-Artikel sind frappierend: Beide bejahen die derzeitige Planung, beide lehnen einen Ausbau und Modernisierung der Bestandsstrecke ab, beide betonen „mit vereinten Kräften ... möglichst weitgehende Tunnellösungen...“, das Projekt in unserem Sinne zu gestalten“ (Fr. Thalmayr), „Ich habe mich bei diesem Thema um die Anliegen meines Heimatwahlkreises gekümmert, um die Nachteile für die anliegenden Kommunen, für Bürger und Umwelt so gering wie möglich zu halten.“(Fr. Ludwig)

Wenn beide Politikerinnen tatsächlich im Sinne der Bewohner und der Natur unserer Region handeln wollen, dann sollten Sie bitte das Thema Verkehrsbegrenzung ganz oben auf die Agenda ihres politischen Handelns stellen.

Denn der Bau immer neuer Verkehrsinfrastrukturprojekte, die ein unbegrenztes Verkehrswachstum über die Alpen ermöglichen, wird die Region Rosenheim-Inntal und den Alpenraum dauerhaft schädigen.



BÜRGERFORUM INNTAL

Jakob Mangold-Boldt

1. Vorsitzender